

Heinrich Ammerer

Was kann, darf, soll ich tun? Erste Begegnungen mit konventionellem und unkonventionellem politischen Handeln

Bezug zum Informationsteil	Kathrin Stainer-Hämmerle: Politisches Handeln in einer Demokratie Thomas Hellmuth: Politische Bildung in der Sekundarstufe I Christoph Kühberger: Lernen mit Konzepten
Zielgruppe/Alter	Ab der 6. Schulstufe
Lehrplanbezug	Lehrplan des Faches Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung in der Sekundarstufe 1, 2. Klasse, Modul 8: „Schüler/innen können: Politische Interessen und Meinungen ausdrücken; Bewusste und reflektierte politische Entscheidungen (u.a. Teilnahme an Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen) treffen; mit Institutionen und Personen der politischen Öffentlichkeit Kontakt aufnehmen; Angebote von politischen Organisationen nutzen. [...] Thematische Konkretisierung: Strategien für konventionelle und unkonventionelle politische Handlungen entwickeln und Probehandlungen durchführen“ (Lehrplanentwurf GSK/PB 2016)
Kompetenzen	Politische Sachkompetenz, politische Handlungskompetenz
Basiskonzepte	Normen, Strukturen, Diversität
Zentrale Fragestellungen	<ul style="list-style-type: none">▶ Welche konventionellen und unkonventionellen Möglichkeiten der politischen Teilhabe stehen in demokratischen Systemen zur Verfügung?▶ Wie kann ich für mein Anliegen in der Öffentlichkeit werben?▶ Welche rechtlichen Aspekte sind dabei zu beachten?

Anmerkung zum Modul 8 des neuen Lehrplans

Politische Handlungsfähigkeit lernen	<p>Der neue Lehrplan GSK/PB thematisiert für die sechste Schulstufe im Modul 8 („Möglichkeiten für politisches Handeln“) das bewusste und reflektierte Treffen von politischen Entscheidungen im Zuge von Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen. Das Modul soll den Prozess politischer Partizipation veranschaulichen: Vom Identifizieren eigener (bzw. unter Umständen konkurrierender anderer) politischer Interessen über die Artikulation von politischen Positionen/Forderungen hin zum Vertreten derselben innerhalb eines politischen Systems. Dabei spielen politische Urteilskompetenz (Welche politische Haltung soll ich einnehmen?), Methodenkompetenz (Wie kann ich für meine Haltung werben?), Sachkompetenz (Welche politischen Handlungsoptionen stehen mir zur Verfügung?) und vor allem Handlungskompetenz (Wie vertrete ich mein Anliegen in der Gesellschaft?) eine Rolle.</p> <p>Die politikbezogenen Module des Lehrplans müssen zeitlich nicht zwangsläufig nach den Modulen 1–7 unterrichtet werden, sondern können auch beliebig vorgezogen werden, etwa an den Anfang des Schuljahres.</p>
---	--

Annäherung an das Thema

Verschiedene Partizipationsformen

Demokratien leben von der Beteiligung (=Partizipation) ihrer BürgerInnen. In der Politikologie werden verschiedene Formen von Partizipation unterschieden: Verfasste/institutionalisierte (z.B. Teilnahme an Wahlen, Ausüben eines Wahlamtes) und nicht oder weniger verfasste/nicht-institutionalisierte Partizipation (z.B. individuelle und spontane Aktionen), legale und illegale, konventionelle und unkonventionelle.¹ Als konventionell gilt eine Partizipationsform dann, wenn sie den in einem politischen System mehrheitlich ausgeübten und üblichen Ausdrucksformen entspricht. Die Stimmabgabe bei Parlamentswahlen etwa ist die am häufigsten genutzte Partizipationsform und damit die konventionellste. Unkonventionell ist im Umkehrschluss jede ungewöhnliche, zumeist unverfasste, politische Ausdrucksform von der Unterschriftensammlung bis zu Hausbesetzungen bzw. Formen zivilen Ungehorsams.

Trend zu unkonventioneller Beteiligung

Unkonventionelle Ausdrucksformen eignen sich besonders zum Protest, sind eher expressiv und individualistisch.² Sie sind vor allem für diejenigen BürgerInnen interessant, die politische Minderheitenpositionen beziehen und ihre Interessen bzw. politischen Haltungen auf konventionellem Weg nur schwer vertreten können. Das gilt nicht zuletzt für Jugendliche bis zum Wahlalter, deren Möglichkeiten der Teilnahme am regulären politischen Prozess noch eingeschränkt sind, die jedoch durch die sozialen Medien wesentlich mehr Möglichkeiten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung haben als frühere Generationen³. Gesamtgesellschaftlich besteht seit 40 Jahren ein Trend hin zu unkonventionellen Beteiligungsformen, der allerdings in Österreich schwächer ausfällt als etwa im benachbarten Deutschland: 2008 bzw. 2010 gaben 12 Prozent der deutschen BürgerInnen an, schon einmal in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet zu haben (in Österreich hingegen 8 Prozent), 23 Prozent hatten bereits einmal an einer Demonstration teilgenommen (in Österreich lediglich 12 Prozent), ein Viertel der Deutschen hatte sich bereits in einer NGO engagiert, 30 Prozent hatten schon einmal ein Produkt aus politischen Gründen boykottiert, 31 Prozent bei einer Petition und mehr als die Hälfte der Befragten bei einer Unterschriftensammlung (in Österreich: 49 Prozent) unterzeichnet.⁴ Mit dem Einkommen, dem Bildungsniveau und dem sozialen Status wächst das politische Engagement in allen Kanälen, während sozial Schwache und/oder MigrantInnen die Beteiligungsoptionen deutlich weniger nutzen.⁵ Es sollte daher ein Anliegen der Politischen Bildung sein, die Jugendlichen bereits in frühen Lernaltern mit den Möglichkeiten, Vorteilen und Risiken der verschiedenen Formen von politischer Partizipation vertraut zu machen.

Methodisch-didaktische Hinweise

Direkte und indirekte Teilhabe

Eine begriffliche Unterscheidung zwischen „konventioneller“ und „unkonventioneller“ politischer Partizipation, zwischen gebräuchlichen Formen der politischen Teilhabe und ungewöhnlichen Formen setzt ein nicht geringes Maß an politisch-medialem Erfahrungswissen voraus, über das SchülerInnen dieser Altersstufe in vielen Fällen noch nicht hinreichend verfügen. Daher wird im nachfolgenden Unterrichtsbeispiel eine wesensverwandte Unterscheidung angewandt: Partizipation kann in *direkter* Weise ausgeübt werden, so dass (mittelbar und unmittelbar) Einfluss auf das Handeln der politischen Führung genommen wird (z.B. durch die Teilnahme an Wahlen, die Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen und Interessensvertretungen) bzw. sogar mitentschieden wird (z.B. durch das Anstreben einer politischen Funktion), oder in *indirekter* Weise, indem versucht wird, die Öffentlichkeit (z.B. die Medien, die WählerInnen) bzw. AkteurInnen der Zivilgesellschaft (z.B. NGOs, Bürgerinitiativen) für die eigene Sache zu gewinnen und auf diesem Weg politische Entscheidungen zu beeinflussen.

Christoph Kühberger schlägt drei didaktische Umsetzungswege zur Vermittlung unkonventioneller politischer Partizipationsmöglichkeiten vor⁶: Einerseits die „Historisie-

Dilemmata und Simulation rung“, also das Ausweichen auf ein historisches Beispiel (z.B. Besetzung der Hainburger Au⁷), an dem unterschiedliche Handlungsoptionen veranschaulicht und bewertet werden können, sodann die normative Befassung mit Dilemmata, bei denen gerechtfertigte Ziele durch problematische Handlungswege erreicht werden (z.B. Kohlbergs „Heinz-Dilemma“⁸), und schließlich das Probehandeln, bei dem der Ablauf einer politischen Aktion simuliert wird. Um den Einsatz des Unterrichtsentwurfes auch am Beginn des Schuljahres zu erlauben (wenn die SchülerInnen noch keinerlei Beschäftigung mit Geschichte erfahren haben), wird hier auf eine Historisierung verzichtet und ein weitgehend voraussetzungsfreier Entwurf vorgeschlagen, das Operieren mit Dilemmata und Simulationen jedoch aufgegriffen.

Für Lehrkräfte liegt eine Herausforderung des neuen Lehrplans wohl darin, abstrakte und lebensweltlich noch kaum angebundene politische Themengebiete für ein ungeohnt junges Lernalter zu konkretisieren und aufzubereiten. Die dabei notwendige Vereinfachung bedeutet bisweilen eine Gratwanderung zwischen Unverständlichkeit und Unsachlichkeit, zwischen zu starker Detailtiefe und Trivialisierung.

Politisches Handeln: Ein Unterrichtsvorschlag in fünf Schritten

Das Unterrichtsbeispiel ist, da viel Text zu erschließen ist, für zwei Unterrichtseinheiten konzipiert. Die Wahl der Ausbau-Variante im dritten Schritt und einer zeitintensiven Methode beim Probehandeln kann den benötigten Zeitrahmen ausdehnen.

Erster Schritt Einführung in das Wesen von Politik

Sofern sich die SchülerInnen in diesem Rahmen erstmals systematisch mit Politik befassen, ist eine Einführung in das Wesen von Politik zweckdienlich, um darauf aufbauend individuelle Partizipationsmöglichkeiten aufzeigen und die zugehörigen Konzepte „Struktur“, „Diversität“ und „Normen“ vertiefen zu können.

SchülerInnen benötigen zunächst eine basale Vorstellung davon, was Politik ausmacht: Dass ein Staat eine von innen und außen anerkannte Selbstorganisation von Menschen ist und Politik die Mechanik dieser Selbstorganisation darstellt (das Abwägen von gegensätzlichen Interessen und das Zuteilen von Ressourcen, das Austragen von Konflikten, das Finden von Kompromissen, das Aufstellen von allgemein verbindlichen Regeln etc.), die auf unterschiedlichen institutionellen und sozialen Ebenen ähnlich funktioniert.

Lebensweltbezug Dabei bietet sich etwa an, mit politischen Strukturen aus der Lebenswelt der SchülerInnen zu arbeiten, beispielsweise der Schulgemeinschaft (z.B. Klassen-/Schulforum und SGA, Konfliktlösung innerhalb des Klassenverbandes etc.). Um noch niederschwelliger anzusetzen, wird nachfolgend als simplifizierende Analogie auf die Familie zurückgegriffen, weil sie diejenige soziale Organisationseinheit ist, mit deren Abläufen, Machtstrukturen und Funktionsmechanismen wohl alle SchülerInnen am besten vertraut sind. Zudem ist die Familie in vielen Fällen ein Spiegelbild der politischen Kultur und Struktur einer Gesellschaft (z.B. patriarchal, hierarchisch, dogmatisch, autoritär etc. vs. inklusiv, egalitär, pluralistisch, permissiv etc.).

Zweiter Schritt Begriffswissen zum politischen Handeln erwerben

Auf die basale Reflexion über das Wesen von Politik folgt nun die Einführung in die Partizipationsmöglichkeiten, die dem Individuum in einem demokratischen System zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang erwerben die SchülerInnen Begriffswissen (politische Sachkompetenz), das sie in den folgenden Schritten zur Anwendung bringen sollen.

WAS IST ÜBERHAUPT POLITIK?

ARBEITSWISSEN

Stell dir vor, du lebst allein auf einer einsamen Insel. Du bist vielleicht einsam, aber dafür musst du auf niemanden Rücksicht nehmen und kannst tun, was du für richtig hältst. Du brauchst keine *Politik*.

Sobald jedoch zwei oder mehr Menschen auf der Insel friedlich zusammen leben wollen, müssen sie Rücksicht aufeinander nehmen. Menschen haben unterschiedliche Wünsche und Bedürfnisse (*Interessen*), die nicht alle erfüllt werden können. Sie haben häufig Probleme miteinander oder streiten um Dinge, die mehrere haben wollen. Sie müssen entscheiden, wer was tun darf und wie diejenigen Dinge, von denen es oft nur begrenzte Mengen gibt (*Ressourcen*), verteilt werden sollen. Sie brauchen daher Regeln, an die sich alle halten müssen. Und weil sich die Lebensumstände ständig ändern, müssen sich auch diese Regeln ständig ändern. Dafür brauchen die Menschen Politik. Politik ist, wenn Menschen ihr Zusammen-Leben immer wieder neu organisieren.

Zum Beispiel leben in deiner Familie mehrere Menschen zusammen. Oft gibt es Streit, weil die Familienmitglieder Unterschiedliches wollen: Die kleine Schwester möchte ein eigenes Zimmer, die Mutter aber ihr Arbeitszimmer behalten. Der große Bruder möchte am Wochenende lange ausgehen, die Eltern möchten sich keine Sorgen um ihn machen müssen. Dann müssen Entscheidungen getroffen werden und Regeln aufgestellt oder geändert werden, die nicht allen gefallen. Meist sind es die Eltern, die die Entscheidungen treffen und die Regeln aufstellen, weil sie die Verantwortung tragen. Die Kinder dürfen in manchen Familien mehr, in anderen weniger mitbestimmen. In manchen Familien entscheiden die Eltern fast alles und möchten überhaupt nicht, dass die Kinder mitreden. In anderen Familien dürfen auch die Kinder mitbestimmen und ihre Meinung sagen.

Überlege: *Wie wird in deiner Familie entschieden, a) ob und wohin ihr in Urlaub fährt, b) wer welche Arbeiten erledigen muss, c) wofür Geld ausgegeben werden soll, d) wie viel Taschengeld du bekommst?*

Überlege: *Du möchtest ein neues Fahrrad, deine Eltern aber finden, dass du noch ein paar Jahre mit dem alten fahren sollst. Was kannst du tun, damit sie das Fahrrad trotzdem kaufen? Was könnten (umgekehrt) deine Eltern tun, damit du noch länger mit deinem alten Fahrrad fährst? Nenne jeweils mindestens zwei Möglichkeiten.*

Je mehr Menschen mit unterschiedlichen Interessen zusammen leben, desto wichtiger sind die Regeln und Entscheidungen, die für alle gelten. Tausende Menschen leben in deiner Gemeinde, Hunderttausende in deinem Bundesland, Millionen in unserem Staat, der Republik Österreich. Ein Staat ist eine sehr große Gruppe von Menschen, die innerhalb von Staatsgrenzen leben und sich selbst politisch organisieren. Politik für so viele Menschen zu machen ist Aufgabe von Profis, von *PolitikerInnen*. In Österreich können die zu unserem Staat gehörenden Menschen (=StaatsbürgerInnen) PolitikerInnen wählen, die dann Regeln (=Gesetze) machen und Entscheidungen treffen. Damit die Gesetze auch von allen befolgt werden, hat der Staat wichtige Einrichtungen wie z.B. Behörden (wenden die Gesetze auf die BürgerInnen an; zum Beispiel achtet das Finanzamt darauf, dass jede/r die gesetzlich vorgesehenen Steuern zahlt) und *Gerichte* (entscheiden über die Anwendung von Gesetzen im Einzelfall; zum Beispiel bei einem Streit). Wenn die BürgerInnen mit den Gesetzen und Entscheidungen der PolitikerInnen nicht zufrieden sind, können sie bei der nächsten Wahl andere wählen.

Weil in einem Staat so viele Menschen zusammenleben, gibt es in der Politik mehrere Ebenen: Für die Gemeinde (z.B. ein Ort/eine Stadt) gibt es ein eigenes politisches System, für ein Bundesland (z.B. Tirol) ebenfalls ein eigenes und für das ganze Land (Österreich) ebenfalls eines. Und auch die EU (Europäische Union) ist eine eigene politische Ebene. Auf all diesen Ebenen können StaatsbürgerInnen bestimmen, wie Politik gemacht werden soll.

MÖGLICHKEITEN POLITISCHEN HANDELNS

ARBEITSWISSEN

Wenn man Mitglied in einem Verein wird, kann man in der Gruppe mitbestimmen: Wer soll den Verein leiten? Welche Entscheidungen treffen alle, welche können von der Vereinsleitung getroffen werden? Welche Regeln gelten? Wofür geben wir Geld aus? Was sind unsere Ziele? usw.

In einem Staat sind die BürgerInnen die Mitglieder. Sie haben auch verschiedene Möglichkeiten, mitzubestimmen. Sie können das politische System auf verschiedene Weisen direkt nutzen:

- ▶ **Wahl:** Wahlberechtigte *BürgerInnen* (in Österreich ab 16 Jahren) wählen PolitikerInnen bzw. Listen, die ihre Anliegen am besten vertreten.
- ▶ **Amt/Politische Funktion:** Umgekehrt kann man unter bestimmten Voraussetzungen selbst für eine politische Funktion kandidieren (= sich zur Wahl stellen), z.B. in der Schule für das Amt des Schulsprechers/der Schulsprecherin.
- ▶ **Abstimmung:** Bei manchen wichtigen Themen werden die BürgerInnen befragt und dürfen mitentscheiden.

Es gibt aber noch mehr Möglichkeiten. Politik spielt sich in einer Demokratie nicht im Geheimen ab, sondern in der *Öffentlichkeit*. Die Menschen sollen die Probleme kennen, die gelöst werden sollen. Sie sollen darüber diskutieren können und ihre Meinung dazu offen sagen können. Medien (z.B. Fernsehen, Zeitungen etc.) und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sollen frei über die Probleme berichten und gute Lösungsvorschläge machen können. Nur dann können auch gute politische Entscheidungen getroffen werden.

Die Öffentlichkeit hat einen großen Einfluss auf politische Entscheidungen. Die BürgerInnen können daher auch versuchen, in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu gewinnen. Je mehr Menschen man so für die eigenen politischen Forderungen gewinnen kann, desto besser stehen die Chancen, dass sie verwirklicht werden.

Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, durch politische *Aktionen* (= Handlungen) auf die Öffentlichkeit einzuwirken, zum Beispiel folgende:

- ▶ **Demonstration:** Menschen versammeln sich in großer Zahl, um gemeinsam eine politische Meinung auszudrücken.
- ▶ **Flashmob:** Menschen folgen einem Aufruf, sich spontan an einem Ort zu versammeln und alle für kurze Zeit und möglichst überraschend für andere Menschen das gleiche zu tun.
- ▶ **Hungerstreik:** Menschen essen nichts mehr, um auf ihre politischen Forderungen aufmerksam zu machen.
- ▶ **Streik:** Menschen legen gemeinsam ihre Arbeit nieder, um Druck auf die Politik oder auf ihre/n Arbeitgeber/in zu machen.
- ▶ **Boycott:** Menschen kaufen keine Produkte eines bestimmten Landes (oder einer bestimmten Firma) mehr, weil sie mit der Politik des Landes (oder der Firma) nicht einverstanden sind.
- ▶ **Aktionismus:** Menschen machen ungewöhnliche, schockierende oder lustige Dinge in der Öffentlichkeit (z.B. Theaterstücke aufführen, Kunstwerke aufstellen, sich verkleiden), um Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu erregen.
- ▶ **Infostand:** Menschen werben an einem Straßenstand für ihr politisches Anliegen.
- ▶ **Soziale Netzwerke:** Menschen teilen Links zu politischen Seiten und kommentieren sie.
- ▶ **Graffiti:** Gesprayte Texte und Bilder mit politischen Botschaften an Brücken, Mauern, Häusern etc. ist nur auf der eigenen Hauswand legal, aber eine illegale Sachbeschädigung, wenn es ohne Zustimmung auf fremdem Eigentum passiert.

MÖGLICHKEITEN POLITISCHEN HANDELNS

ARBEITSWISSEN

- ▶ **Plakat:** Ein sehr großes Blatt Papier mit einer (politischen) Botschaft, das möglichst viele Leute sehen sollen.
- ▶ **Flyer:** Ein kleines Blatt Papier mit einer (politischen) Botschaft, das an möglichst viele Leute verteilt wird.
- ▶ **Leserbrief:** Brief an eine Zeitung, der dann auch dort abgedruckt wird.
- ▶ **Blog:** Eine eigene Web-Seite, auf der Menschen ihre Gedanken ausdrücken.
- ▶ **Kommentar/Posting:** Viele Online-Zeitungen erlauben es den LeserInnen, unter den Zeitungstexten ihre eigene Meinung hinzuzufügen.
- ▶ **Petition:** Ein Schriftstück mit einer Forderung wird an Behörden oder PolitikerInnen geschickt. Vorher sollen möglichst viele Leute unterschreiben, dass sie diese Forderung unterstützen.
- ▶ **Ziviler Ungehorsam:** Menschen verstoßen bewusst und in aller Öffentlichkeit gegen Gesetze, die aus ihrer Sicht gegen die Menschenrechte (oder Bürgerrechte) verstoßen. Sie möchten erreichen, dass diese Gesetze geändert werden.

Kennst du vielleicht noch andere Arten, die Öffentlichkeit mit einem politischen Anliegen zu erreichen?

**Spielerisch
Begriffe lernen**

Um diese politischen Termini zu festigen, bieten sich verschiedene vokabularerweiternde Verfahrensweisen an, wie beispielsweise das Kettenquiz, die ABC-Methode oder die Domino-Methode.⁹ Bei einem Trimino¹⁰ (M1) werden mehrere Dreiecke so zusammengesetzt, dass an den Dreieckseiten die zueinander gehörenden Begriffe (Definiendum) und ihre Kurzerklärungen (Definiens) aneinander liegen. Vier, neun, sechzehn, fünfundzwanzig etc. Dreiecke bilden dabei wiederum einen großen Triangel. Je nach Sozialform (Einzel-, PartnerInnen- oder Gruppenarbeit) ändert sich der Schwierigkeitsgrad. Das Ergebnis kann dann im Heft eingeklebt werden. Auch spielerische Wettbewerbe sind möglich: Die Dreiecke werden etwa auf zwei oder mehrere SpielerInnen aufgeteilt, diese müssen der Reihe nach ein passendes Dreieck anlegen (wer keines besitzt, muss eine Runde aussetzen). Es gewinnt dann der/die SpielerIn, der/die zuerst alle Dreiecke angelegt hat.

Dritter Schritt

Handlungsoptionen reflektieren

Nunmehr wird das erworbene Begriffswissen zur politischen Partizipation auf konkrete politische Sachverhalte angewandt. Dabei werden hier aus Gründen der Binnendifferenzierung zwei Arbeitsaufgaben mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad vorgeschlagen, die je nach Leistungsfähigkeit der SchülerInnen zur Anwendung kommen können.

In der Basisvariante werden die SchülerInnen mit Situationen konfrontiert, die mit konkreten politischen Forderungen verknüpft sind. Dabei werden konventionelle und unkonventionelle Handlungsvorschläge zur Durchsetzung dieser Forderung angeboten, welche die SchülerInnen in einer gemeinsamen Diskussion anhand von sachlichen Überlegungen beurteilen sollen: Wäre die vorgeschlagene Vorgehensweise effektiv, würde sie etwas bewirken können? Welche Vorteile hätte sie? Ist sie überhaupt erlaubt? Hätte sie irgendwelche negativen Folgen für die Betroffenen? Was müsste man bei der Durchführung beachten? etc.

Arbeitsaufgabe 1 **Fallbeispiel 1**

An einer Schule soll ein Handyverbot eingeführt werden. Zwischen 8 und 15 Uhr müssen alle Handys der SchülerInnen ausgeschaltet sein. Das Handyverbot soll in die Hausordnung aufgenommen und vom Schulgemeinschaftsausschuss (SGA), dem LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen angehören, beschlossen werden. Eure Klasse hält das Handyverbot für keine gute Idee und möchte es verhindern. Wie könnt ihr die Mitglieder des SGA dazu bringen, das Verbot nicht zu beschließen?

- ▶ Ahmet meint: „Wir machen für alle LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern einen Flyer. Darauf erklären wir, warum ein Handyverbot keine gute Idee wäre.“
Was hältst du von Ahmets Vorschlag?
- ▶ Paulina meint: „Wir sollten in der großen Pause gegen das Handyverbot demonstrieren. Wir marschieren dabei von der Turnhalle zur Direktion und übergeben der Direktorin unsere Forderung.“
Was hältst du von Paulinas Vorschlag?
- ▶ Jan meint: „Am besten wäre es, wenn wir ein paar Tage streiken, damit die Direktorin auf unseren Wunsch aufmerksam wird. Wir arbeiten im Unterricht nicht ordentlich mit und machen keine Hausübungen mehr.“
Was hältst du von Jans Vorschlag?

Fällt dir noch eine weitere Möglichkeit ein?

Arbeitsaufgabe 2 **Fallbeispiel 2**

Die Leiterin des städtischen Hallenbades hat beschlossen, dass am Vormittag keine Schulklassen mehr zum Schwimmen kommen dürfen, weil sie zu laut sind und die älteren Badenden stören. Damit muss der ganze Schwimmunterricht ausfallen, der bei den SchülerInnen sehr beliebt ist. Was könnten die SchülerInnen dagegen machen?

- ▶ Aleksandar meint: „Wir sollten das Hallenbad boykottieren. Kein/e Schüler/in soll in der Freizeit in das Hallenbad gehen, dann werden sie schon sehen, was sie davon haben.“
Was hältst du von Aleksandars Vorschlag?
- ▶ Chiara meint: „Vielleicht wäre es gut, wenn wir einen Flashmob vor dem Hallenbad organisieren, bei dem wir alle so tun, als würden wir schwimmen. Das wird lustig. Wenn wir damit in die Zeitung kommen, sehen alle Leute, wie wichtig uns das ist und die Gemeinde wird anordnen, dass die Regelung aufgehoben wird.“
Was hältst du von Chiaras Vorschlag?
- ▶ Sophia meint: „Mein Papa hat gesagt, dass für das Hallenbad ein bestimmter Stadtrat zuständig ist. Wenn wir dem persönlich erklären, wie wichtig der Schwimmunterricht für uns ist, kann er anordnen, dass die Regelung aufgehoben wird.“
Was hältst du von Sophias Vorschlag?

Fällt dir noch eine weitere Möglichkeit ein?

Arbeitsaufgabe 3 **Fallbeispiel 3**

Am Fluss in der Nähe einer Schule soll ein kleines Wasserkraftwerk gebaut werden. Der Fluss würde dadurch aufgestaut und der Auwald, ein bei den SchülerInnen beliebtes Spiel- und Erholungsgebiet, im Stausee verschwinden. Die SchülerInnen haben viel diskutiert und finden, dass es besser wäre, das Kraftwerk nicht zu bauen.

Viele ökologische Gründe sprechen dagegen. Die Entscheidung über den Kraftwerksbau trifft die Landesregierung. Was könnte man tun, um das Kraftwerk zu verhindern?

- ▶ Lena meint: „Wir sollten einen Infostand am Hauptplatz aufstellen und dort Flyer verteilen. Die meisten Leute haben noch gar keine Meinung zum Kraftwerksbau. Wenn wir die überzeugen, haben wir mehr Unterstützung.“
Was hältst du von Lenas Vorschlag?
- ▶ Arda meint: „Wir könnten einen kurzen Film über die Umweltzerstörung durch das Kraftwerk machen und über Youtube und Instagram teilen.“
Was hältst du von Ardas Vorschlag?
- ▶ Emily meint: „Wir müssen uns an die Landesregierung wenden. Sammeln wir Unterschriften gegen den Kraftwerksbau und übergeben wir sie der Landeshauptfrau. Am besten wäre es, wenn die Zeitungen darüber berichten würden.“
Was hältst du von Emilys Vorschlag?

Fällt dir noch eine weitere Möglichkeit ein?

In der abstrakten, anspruchsvolleren Ausbau-Variante erhalten die SchülerInnen ein Formblatt (M_2), in das sie in Partner- oder Gruppenarbeit zunächst selbst eine beliebige politische Forderung eintragen sollen. Es sollte sich dabei um eine Forderung handeln, über deren Erfüllung nicht in der Klasse entschieden wird, sondern auf einer schulgemeinschaftlichen oder staatlichen Ebene. Anschließend sollen die SchülerInnen über die beste konventionelle (hier: direkte, d.h. an politische EntscheiderInnen adressierte) bzw. unkonventionelle (hier: indirekte, d.h. an die Öffentlichkeit adressierte) Handlungsoption reflektieren und schließlich darlegen, wie sie sich die konkrete Vorgangsweise vorstellen.

Vierter Schritt

Den rechtlichen Rahmen mitdenken

Das Konzept „Normen“ wird im Hinblick auf politische Partizipation in der vierten Aufgabe angesprochen. Konventionelle Partizipationsformen sind, sofern bestimmungsgemäß durchgeführt, per definitionem legal, da der Staat selbst die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür festlegt. Unkonventionelle Aktionsformen können aber potentiell problematisch sein, etwa wenn Personen beleidigt oder behördliche Vorgaben missachtet werden. Das Sprayen eines Graffitos ist eine legale und legitime Ausdrucksform, wenn es z.B. auf der eigenen Hauswand geschieht, aber eine illegale Sachbeschädigung, wenn es ohne Zustimmung auf fremdem Eigentum passiert. Eine Demonstration (bzw. ein Infotisch, eine Kunstaktion u.ä.) ist eine legale und sogar gesetzlich geschützte Versammlung, wenn sie angemeldet und nicht untersagt ist; wenn sie das jedoch nicht ist, gilt zwar die Teilnahme aufgrund der Versammlungsfreiheit als erlaubt, die Leitung ist jedoch unter Umständen strafbar usw. Akte des zivilen Ungehorsams sind in der Regel illegal, werden jedoch bisweilen toleriert. Bei manchen Formen politischer Einflussnahme ist der Gesetzesverstoß hingegen offensichtlich (z.B. Gewalt gegen Menschen oder fremdes Eigentum im Zuge von Krawallen, Blockaden, Sabotage, Terror etc.). Allgemein gilt: Jede politische Ausdrucksform, die gegen zivil- und strafrechtliche Gesetze verstößt (z.B. Besitzstörung, Hausfriedensbruch, Nötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze etc.) ist nicht legal.

Natürlich kann es in diesem Rahmen nicht darum gehen, die SchülerInnen eine rechtliche Bewertung vornehmen zu lassen. Vielmehr sollen sie durch individuelle Einschätzungen für die grundlegende Problematik der Legalität von politischen Handlungen

sensibilisiert werden. Auf Arbeitskarten werden hierzu verschiedene Aktionsformen konkretisiert (siehe Material M₃). Die SchülerInnen sollen einschätzen, ob (und wenn ja, unter welchen Umständen) die dargestellte politische Aktion legal oder illegal ist und sich darüber hinaus Gedanken machen, an wen man sich wenden kann, um das herauszufinden.

Arbeitsaufgabe zu M₃:

Auf den Kärtchen siehst du verschiedene Beispiele für politische Aktionen.

- ▶ *Kreuze bei jedem Beispiel an, ob die Aktion deiner Ansicht nach erlaubt ist oder aber gegen Gesetze verstößt.*
- ▶ *Wenn du glaubst, dass eine Aktion nur unter bestimmten Umständen erlaubt ist, dann kreuze „Kommt drauf an“ an.*

Fünfter Schritt Probehandeln

Im letzten Schritt wird nun die Durchführung einer beliebigen politischen Partizipationsform simuliert. Für konventionelle Partizipationsformen bieten sich dabei prozessuale Simulationen an (z.B. Wahlsimulation, KlassensprecherInnenwahl, politische Debatten mit anschließenden Beschlüssen). Bei einer unkonventionellen Beteiligungsform einigt sich die Klasse zunächst auf eine gemeinsame politische Forderung (z.B. Themen des Umweltschutzes, der Kommunalpolitik, der SchülerInnenbeteiligung), die in kreativer Weise öffentlich vertreten werden soll. Abhängig von den zeitlichen Möglichkeiten können dann politische Manifestationen erstellt (und ev. in der Schule präsentiert) werden oder auch unkonventionelle politische Aktionsformen erprobt werden. Beispiele:

- ▶ In Partnerarbeit werden Flyer mit politischen Forderungen gestaltet, der beste Entwurf wird vervielfältigt.
- ▶ In Gruppenarbeit werden Plakate erstellt, auf denen politische Forderungen ausformuliert werden.
- ▶ Ein Videoclip wird erstellt (jedoch nicht online publiziert), in dem SchülerInnen ihre politischen Forderungen darlegen und begründen.
- ▶ Die SchülerInnen führen eine kreative Kunstaktion durch, um für ein Anliegen zu werben (z.B. pantomimisches Musizieren im Orchester oder Fußballspielen, um auf die Sanierung des Musiksaales oder die Öffnung des Sportplatzes in den Pausen für SchülerInnen zu drängen)
- ▶ Eine Demonstration/Bürgeraktion, die auf die Forderung hinweisen soll, wird geplant und durchgeführt.¹¹



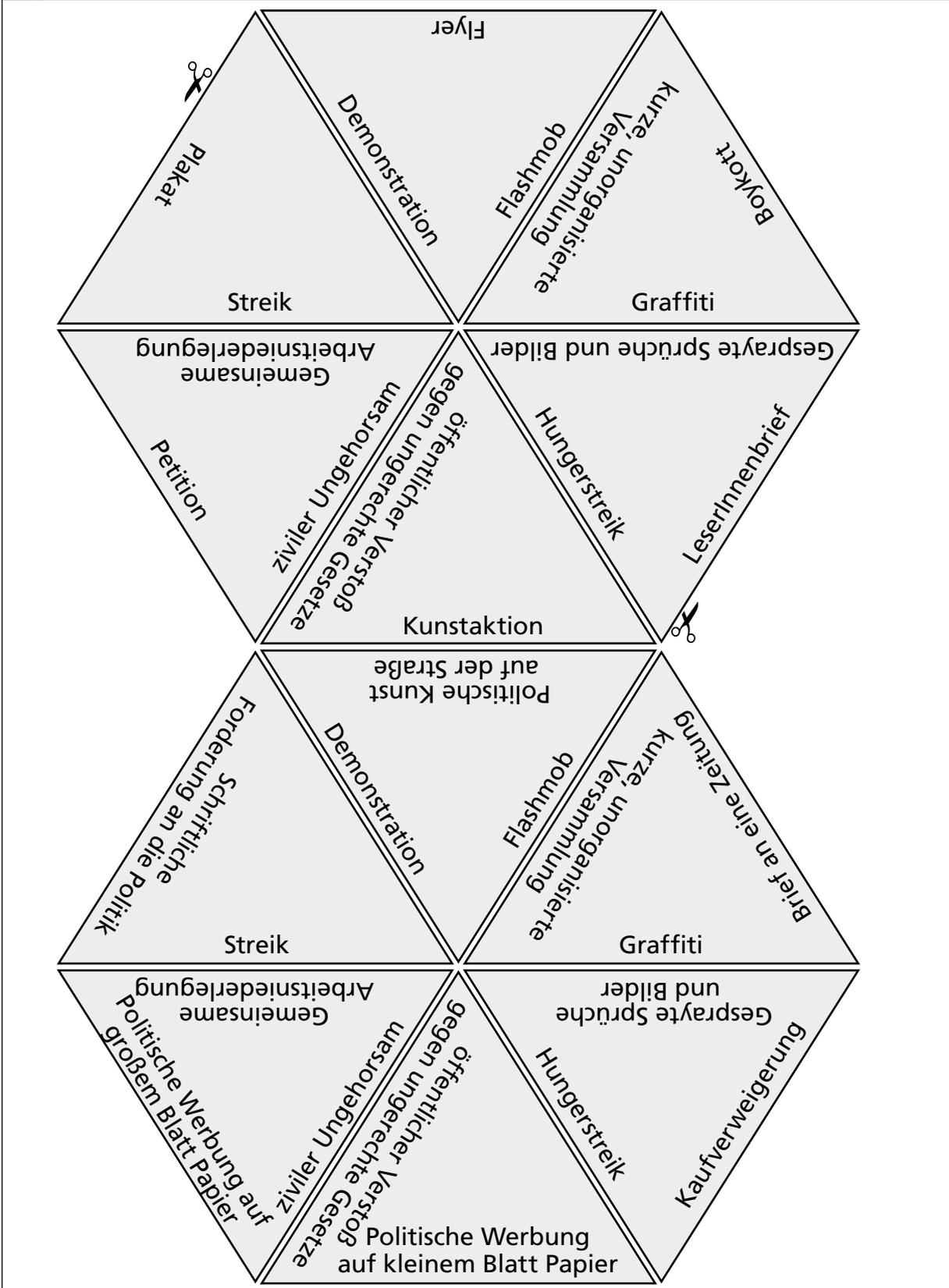
WEBTIPP

Lernmodul für die Sekundarstufe I: Das politische System – Wie funktioniert Politik in Österreich?

Dieses Modul richtet sich an SchülerInnen der Sekundarstufe I. In mehreren Unterrichtssequenzen erklärt es Grundsätze des österreichischen politischen Systems, die wichtigsten politischen AkteurInnen und Ebenen der Politikgestaltung. Zum Abschluss bietet ein Quiz zum Lernmodul die Möglichkeit, das Gelernte spielerisch zu überprüfen.

- ▶ www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule/das-politische-system.html

M₁ Trimino zum Begriffswissen „Politische Aktionen“



M₂ Strategien für konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation reflektieren

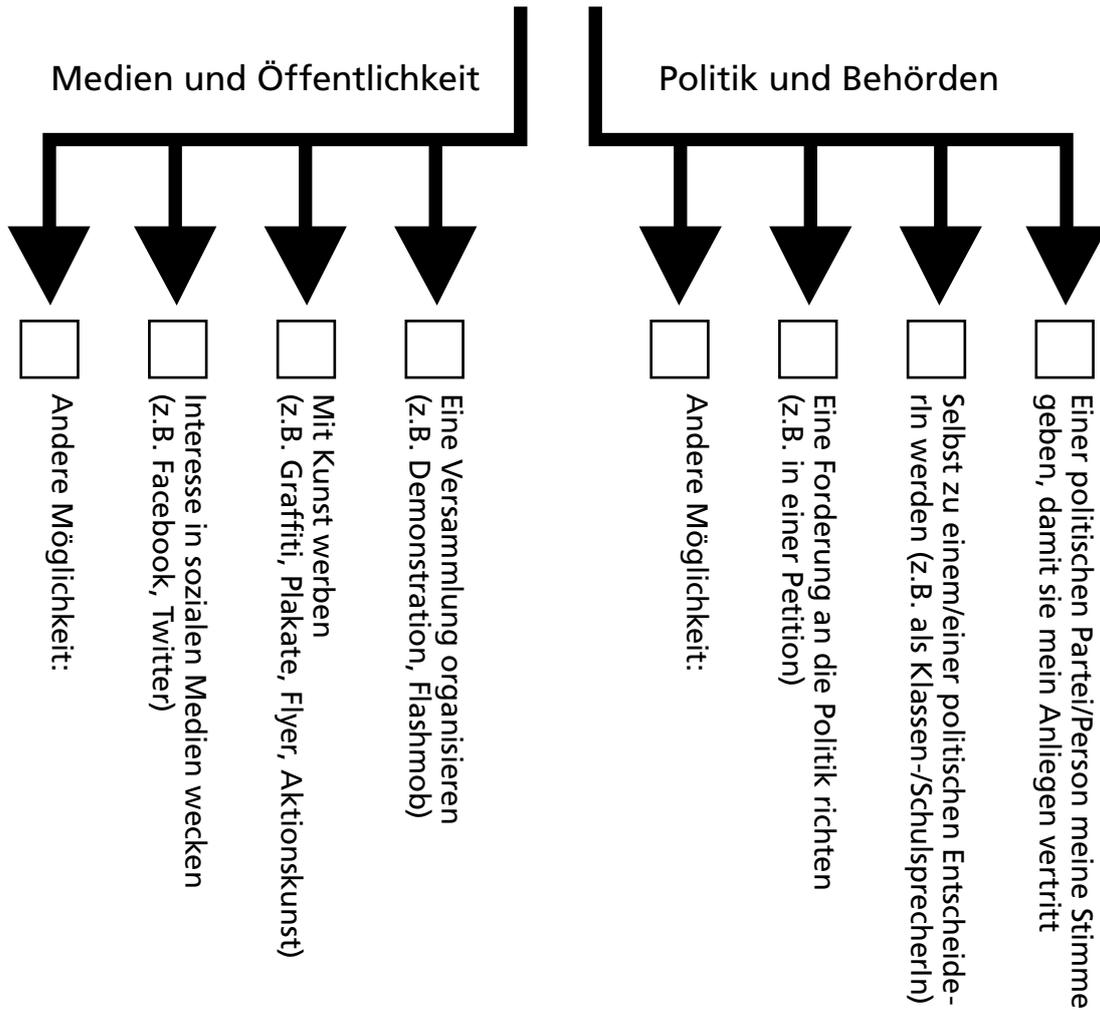
Ich habe folgendes Anliegen:

1

Ich wende mich damit an ...

(Kreuze jeweils jene Möglichkeit an, die du für die beste hältst.)

2



So würde ich vorgehen:

3

Medien und Öffentlichkeit

Politik und Behörden

M₃ Arbeitskärtchen: Legalität von politischen Handlungen

Demonstration



Demonstration vor dem Parlamentsgebäude in Berlin (Reichstag) 2011

Foto: Corner of a Life (Occupy Berlin), CC BY 2.0, via Wikimedia Commons

Beispiel: Ich nehme an einer angemeldeten Demonstration gegen Gewalt teil. Ist das erlaubt?

- Ja Nein Kommt drauf an

Dokumentation/Aufdeckung



Tierbefreiung durch einen Aktivisten 2009

Foto: Maqi (Own work), CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Beispiel: Ich breche nachts in einen großen Stall ein, um Beweise für illegale Massentierhaltung zu sammeln. Ist das erlaubt?

- Ja Nein Kommt drauf an

Graffiti



Graffiti gegen Krieg in der deutschen Stadt Essen 2005

Foto: Baikonur, CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Beispiel: Ich spraye eine politische Botschaft an eine Hauswand. Ist das erlaubt?

- Ja Nein Kommt drauf an

Krawall



Proteste gegen die Regierung in Albanien 2011

Foto: Godo-Godaj derivative work: Albinfo, CC BY 2.0, via Wikimedia Commons

Beispiel: Ich bin wütend über die Politik. Bei einer Demonstration beschädige ich geparkte Autos. Ist das erlaubt?

- Ja Nein Kommt drauf an

M₃ Arbeitskärtchen: Legalität von politischen Handlungen

Boycott



Boycottaufwurf gegen eine Ölfirma nach einer großen Ölpest 2010

Foto: R. M. Calamar, CC BY 2.0, via Wikimedia Commons

Beispiel: Aus Protest gegen die Politik eines Landes kaufe ich keine Produkte mehr aus diesem Land.

Ist das erlaubt?

- Ja Nein Kommt drauf an

Hungerstreik



Protest gegen einen Gerichtsentscheid in Deutschland 2011

Foto: Axel Hindemith, via Wikimedia Commons

Beispiel: Ich verweigere jede Nahrung, bis meine politische Forderung erfüllt wird. Ist das erlaubt?

- Ja Nein Kommt drauf an

- 1 vgl. Kaase, Max: Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.): Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003
- 2 vgl. Riederer, Bernhard: Passive BürgerInnen? Staatsbürgerschaftsverständnis, Partizipation und Demokratie. In: SWS-Rundschau 2004, 46 (4), S. 373–399
- 3 Zur Rolle der Medien in der Demokratie siehe auch: Forum Politische Bildung (Hg.): Medien und Politik. Informationen zur Politischen Bildung, 35/2012
- 4 vgl. für Deutschland Kersting, Norbert: Online-Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In: Voss, Kathrin (Hg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden 2014; für Österreich: Studiengruppe „International Vergleichende Sozialforschung“, Universität Graz/Institut für Empirische Sozialforschung, Wien: Direkte Demokratie in Österreich. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Graz/Wien 2012
- 5 vgl. Bödeker, Sebastian: Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. In: WZB Brief Zivil-Engagement April 5/2012; Studiengruppe „International Vergleichende Sozialforschung“, Universität Graz/Institut für Empirische Sozialforschung, Wien 2012, S. 11; Kersting, Norbert: Online-Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In: Voss, Kathrin (Hg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden 2014, S. 77
- 6 vgl. Kühberger, Christoph: Unkonventionelle politische Partizipation als Teilgebiet der politischen Bildung. In: Ammerer, Heinrich/Egger, Andreas (Hg.): Historische Sozialkunde 3/2010: Politik anders gemacht – Alternative politische Partizipation.

- 7 Eine Zusammenfassung der Ereignisse rund um die „Hainburger Au“ in den 1980er Jahren mit Timeline, Lexikonbegriffen, Audiomitschnitten, weiterführenden Links und Literatur finden Sie in der Wissensstation „Hainburg“ des Demokratiezentrum Wien unter www.demokratiezentrum.org/wissen/wissensstationen/hainburg.html
- 8 Dabei sollen die ProbandInnen in die Rolle des fiktiven Protagonisten Heinz schlüpfen, der sich entscheiden muss, ob er in eine Apotheke einbrechen soll, um ein sehr teures Krebsmedikament (welches er sich nicht leisten kann) für seine schwer kranke Ehefrau zu stehlen, oder ob er das Gesetz respektieren soll. Laut Kohlberg entscheiden sich die ProbandInnen bei diesem Dilemma entsprechend ihrer eigenen moralischen Entwicklung, indem sie zunehmend differenzierte Werthaltungen gegeneinander abwägen können. Vgl. dazu Kohlberg, Lawrence: Die Psychologie der Moralentwicklung, Frankfurt/Main 1995
- 9 Zu diesen und ähnlichen Methoden vgl. u.a. Leisen, Josef: Methoden-Handbuch DFU. Bonn: Varus Verlag 2003; Müller, Frank: Selbständigkeit fördern und fordern. Weinheim/Basel: Beltz Verlag 2006; Wenzel, Birgit: Kreative und innovative Methoden. Geschichtsunterricht einmal anders. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag 2011
- 10 vgl. Müller, Frank: Selbständigkeit fördern und fordern. Weinheim/Basel: Beltz Verlag 2006, S. 156f
- 11 vgl. Ammerer, Heinrich: Simulation: Planung und Organisation einer politischen Demonstration. In: Forum Politische Bildung (Hg.): Politische Kultur. Mit einem Schwerpunkt zu den Europawahlen. Informationen zur Politischen Bildung, 30/2009, S. 77–81